

Neue Schriften zum Strafrecht

Aziz Epik

igrationsstrafrecht

Entwicklung, Grundlagen, Kritik



Nomos

Neue Schriften zum Strafrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse

Prof. Dr. Beatrice Brunhöber

Prof. Dr. Gunnar Duttge

Prof. Dr. Karsten Gaede

Prof. Dr. Katrin Höffler

Prof. Dr. Johannes Kaspar

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser

Prof. Dr. Hans Kudlich

Prof. Dr. Dr. Milan Kuhli

Prof. Dr. Henning Radtke

Prof. Dr. Dr. h.c. Frank Saliger

Prof. Dr. Helmut Satzger

Prof. Dr. Brigitte Tag

Prof. Dr. Till Zimmermann

Band 25

Aziz Epik

Migrationsstrafrecht

Entwicklung, Grundlagen, Kritik



Nomos

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) –
Projektnummer: 588966831

Veröffentlicht mit Unterstützung der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung.

Hamburgische
Wissenschaftliche
Stiftung | 

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2026

© Aziz Epik

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-4370-5

ISBN (ePDF): 978-3-7489-7326-3

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748973263>



Onlineversion
Inlibra



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Für
Anneanne
**4.12.1940 Istanbul*
†7.1.2021 Berlin

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung basiert auf meiner Habilitationsschrift, die der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im SoSe 2025 vorgelegen hat. Zwischen ihrer Einreichung und der Erstellung der Druckfassung haben sich einige Entwicklungen ergeben. Insbesondere die beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die jedoch noch national umgesetzt werden muss und erst im Sommer 2026 vollständig in Kraft treten wird, sowie die Beratungen zur Reform des sogenannten Facilitators Packages haben es erforderlich gemacht, die rechtlichen Ausführungen teilweise parallel zu führen, um die zum Zeitpunkt der Abfassung noch geltende und kurz nach Erscheinen wahrscheinlich bereits geltende Rechtslage berücksichtigen zu können. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung auch künftig Bestand haben können. Zudem wurde die Druckfassung um einige Überlegungen erweitert, die ich im Rahmen meines von der *Alexander von Humboldt-Stiftung* geförderten Forschungsaufenthalts an der Universität Mailand (La Statale) entwickeln konnte.

Eine monografische Behandlung des Migrationsstrafrechts birgt die Herausforderung, dass einerseits kleinteilige migrationsverwaltungs-, verfassungs-, unions- und völkerrechtliche (Vor-)Fragen zu klären sind, andererseits aber auch zahlreiche – teils eigene Monografien füllende – dogmatische Fragen des allgemeinen Strafrechts adressiert werden müssen. Dieser Spagat ist Herausforderung und Chance zugleich, kann er doch Migrationsrechtswissenschaft und Strafrechtswissenschaft in einen fruchtbaren Austausch bringen, der angesichts der hohen praktischen Relevanz der Thematik und der zunehmenden Verschränkung von Migrationsverwaltungs- und Strafrecht dringend geboten ist.

Der vorliegenden Schrift liegt eine mehrjährige gedankliche Vorbereitung zugrunde, die teilweise bis in meine Studienzeiten zurückreicht. Den Anstoß, das Thema monografisch zu bearbeiten, verdanke ich aber meiner Ehefrau, die mich dazu motiviert hat, meine langjährige Zurückhaltung gegenüber einer strafrechtswissenschaftlichen Befassung mit der Thematik aufzugeben. Entscheidend war dabei auch, dass trotz langjähriger rechtspolitischer Debatten noch keine umfassende Untersuchung dieses praxisrelevanten und zugleich besonders vulnerable Gruppen betreffenden Bereichs des („Neben“-)Strafrechts erfolgt war.

Auf dem Weg zur Publikation dieser Schrift haben mich zahlreiche Personen begleitet und unterstützt, deren Beitrag sich in wenigen Zeilen nicht angemessen würdigen lässt. Mein Dank gilt meinem akademischen Lehrer *Florian Jeßberger*, der nicht nur dieses Projekt von Beginn an wohlwollend begleitet, sondern mich bereits seit Studentagen kontinuierlich gefördert und unterstützt hat. Meinem Doktorvater und langjährigen Mentor *Gerhard Werle* danke ich für seine Motivation, den Weg

der Wissenschaft zu verfolgen, und seine langjährige Begleitung und Unterstützung meines wissenschaftlichen Werdegangs. *Katrin Höffler* bin ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie ihre wertvollen Anmerkungen zum Manuskript zu Dank verpflichtet.

Meine Hamburger Kolleginnen und Kollegen haben mir die nötigen Frei- und Denkräume während der Hochphase der Arbeiten an der Habilitationsschrift verschafft. *Milan Kuhli* hat zudem in so manch spontan initiiertem Gedankenaustausch zur Schärfung zentraler dogmatischer Überlegungen beigetragen. *Julia Geneuss, Nina Perkowski, Anneke Petzsche, Nella Sayatz, Valentin Schatz, Mareike Schmidt, Inga Schuchmann, Leonie Steinl* und *Andreas Werkmeister* danke ich für den kollektiven und freundschaftlichen Austausch über all die Jahre hinweg.

Bei der Erstellung der Druckfassung haben mich meine Mitarbeiterinnen *Anna-Julia Egger* und *Paula Eckelt* in herausragender Weise unterstützt. Insbesondere die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts durch *Anna-Julia Egger* ist hervorzuheben. Tatkräftige Unterstützung bei der Schlussredaktion verdanke ich darüber hinaus *Pietje Block* und *Demet Demir*.

Für die großzügige finanzielle Förderung der Publikation danke ich der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* und der *Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung*.

Große Dankbarkeit empfinde ich schließlich gegenüber meiner *Familie*, die mich auch in den anstrengendsten Arbeitsphasen liebevoll begleitet hat. Meine *Eltern*, meine *Frau* und meine *Kinder* waren die Pfeiler, auf die ich mich während der gesamten Zeit stützen konnte. Sie haben lange Tage des Denkens und Schreibens ermöglicht und geduldet – die arbeitsfreie Zeit dafür zugleich umso mehr bereichert. *Didem Isik* danke ich für die freundliche Aufnahme in ihre Büroräumlichkeiten, die mir konzentrierte Arbeitsstunden ermöglicht hat.

Gewidmet ist die Arbeit meiner Großmutter *Sabahat Kirgiz*, die als Gastarbeiterin 1970 mit ihrem Ehemann und ihren drei Kindern in die Bundesrepublik Deutschland kam und mit dieser Entscheidung letztlich mitverantwortlich dafür ist, dass ich fünf Jahrzehnte später als deutscher Strafrechtswissenschaftler wirken darf.

Die Untersuchung bezieht sich auf die am 15. Dezember 2025 geltende Rechtslage. Literatur und Rechtsprechung wurden bis zu diesem Datum aktualisiert. Nur vereinzelt konnten Ergänzungen in den Fahnen vorgenommen werden. Online-Quellen wurden zuletzt am 31. Januar 2026 überprüft.

Mailand, den 31. Januar 2026

Aziz Epik

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
I. Gegenstand der Untersuchung	25
II. Begrifflichkeiten	29
III. Gang der Untersuchung	34
A. Tatsächliche und rechtliche Entwicklungslinien	36
I. Migration als Normalzustand	36
II. Die Kriminalisierung von Migration im Laufe der Zeit	45
III. Zusammenfassung	115
B. Das Migrationsstrafrecht und der Rechtsgüterschutz	118
I. Die Straftatbestände im Überblick	118
II. Die geschützten Rechtsgüter	124
C. Bezugspunkte: Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht, Unionsrecht und Völkerrecht	158
I. Migrationsverwaltungsrechtliche Grundlagen	158
II. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	183
III. Unionsrechtliche Überformung	192
IV. Völkerrechtliche Implikationen	220
V. Schlussfolgerungen für die weitere Untersuchung	248
D. Die Verwaltungsakzessorietät des Migrationsstrafrechts	253
I. Bedeutung und Reichweite der Verwaltungsakzessorietät im Migrationsstrafrecht	254
II. Vereinbarkeit mit dem Gesetzlichkeitsprinzip (Art. 103 Abs. 2 GG)	284
III. Zwischenergebnis	290

E. Die Strafbestimmungen im Einzelnen	292
I. Anwendungsbereich	292
II. Einreise- und Aufenthaltsdelikte	298
III. Verstöße gegen verwaltungsrechtliche Pflichten und Ordnungsverfügungen	384
IV. Falschangaben im Verwaltungsverfahren	426
V. Schleusungsdelikte	448
VI. Konkurrenzen	512
VII. Zusammenfassung	515
F. Ausblick	518
I. Friktionen mit dem Verfassungs-, Unions- und Völkerrecht	519
II. Das deutsche Migrationsstrafrecht und der „Crimmigration“- Diskurs	524
III. Regelungsvorschlag und Erläuterungen	530
IV. Schlussbemerkungen	546
Ergebnisse in Thesen	549
Bibliographie	555

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
I. Gegenstand der Untersuchung	25
II. Begrifflichkeiten	29
1. Migrationsstrafrecht	29
2. Weitere Begriffsbestimmungen	32
a) Ausländer	32
b) Drittstaatsangehörige, Positiv- und Negativstaater	32
c) Asylbewerber und Flüchtlinge	33
d) Papierlose	33
III. Gang der Untersuchung	34
 A. Tatsächliche und rechtliche Entwicklungslinien	 36
I. Migration als Normalzustand	36
II. Die Kriminalisierung von Migration im Laufe der Zeit	45
1. Nationalstaat und Staatsbürgerschaft	46
2. Die Anfänge des „Ausländerstrafrechts“: Weimarer Republik, NS-Diktatur und frühe Bundesrepublik	53
a) Schrittweise Verschärfung	53
b) Preußen geht voran	57
c) Ausländergesetzgebung während der NS-Diktatur	60
aa) Ausweisungsvorschriften im Reichsstrafgesetzbuch	60
bb) Das Gesetz über Reichsverweisungen	61
cc) Die Ausländerpolizeiverordnung 1938	62
dd) Die Paßstrafverordnung	66
d) Die frühe Bundesrepublik	67
3. Das Ausländergesetz 1965 und die Rechtsentwicklung bis 1990	70
a) Moderate Neuausrichtung bei umfassender Kodifikation	70
b) Überlagerung durch das Unionsrecht	76
c) Schrittweise Ausweitung und Nachschärfung des Ausländerstrafrechts	78
aa) Das Achte Strafrechtsänderungsgesetz	78
bb) Das Zweite Strafrechtsreformgesetz	80
cc) Das Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung	80
dd) Gesetz über das Asylverfahren	82
ee) Weitere Gesetzesänderungen	84

4. Reform des Ausländerrechts 1990 und die Rechtsentwicklung bis zum Zuwanderungsgesetz 2004	85
a) Reform des Ausländergesetzes	85
b) Reform des Asylverfahrensrechts	91
c) Der „Asylkompromiss“ und seine Auswirkungen	93
d) Das Gesetz zu dem Schengener Übereinkommen	94
e) Das Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994	95
f) Weitere Gesetzesänderungen	99
5. Das Zuwanderungsgesetz	100
6. Entwicklungen seit dem Zuwanderungsgesetz	104
a) Das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union	104
b) Das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern	106
c) Das Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften	107
d) Das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung	107
e) Das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	108
f) Das Familiennachzugsneuregelungsgesetz	109
g) Das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	109
h) Das Gesetz zur aktuellen Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften an das Unionsrecht	110
i) Das Gesetz zur Verbesserung der Rückführung	110
III. Zusammenfassung	115
 B. Das Migrationsstrafrecht und der Rechtsgüterschutz	 118
I. Die Straftatbestände im Überblick	118
1. Einreise- und Aufenthaltsdelikte	119
2. Verstöße gegen verwaltungsrechtliche Pflichten und Ordnungsverfügungen	120
3. Falschangaben im Verwaltungsverfahren	122
4. Schleusungsdelikte im weiteren Sinne	123
II. Die geschützten Rechtsgüter	124
1. Zur Relevanz von Rechtsgütern	124
2. Das „gestufte Schutzkonzept“ der herrschenden Meinung	132
a) Der Ausländer als „Gefahr“?	134

b) Migrationssteuerung und -kontrolle als Ausfluss staatlicher Souveränität?	136
c) Sicherung der Leistungsfähigkeit sozialrechtlicher Systeme, der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes oder der Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik?	138
d) Sicherung der Aufnahme- und Integrationsbereitschaft der inländischen Bevölkerung?	140
3. Differenzierte Betrachtung der Strafvorschriften	141
a) Einreise- und Aufenthaltsdelikte	141
b) Verstöße gegen verwaltungsrechtliche Pflichten und Ordnungsverfügungen	143
c) Falschangaben im Verwaltungsverfahren	147
d) Schleusungsdelikte	148
aa) Einschleusen von Ausländern	149
(1) Schutz vor finanzieller Ausbeutung?	149
(2) Schutz von Leib und Leben der Geschleusten?	151
(3) Schutz anderer Rechtsgüter	155
(4) Zwischenergebnis	156
bb) Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	156
4. Zwischenergebnis	157
 C. Bezugspunkte: Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht, Unionsrecht und Völkerrecht	 158
I. Migrationsverwaltungsrechtliche Grundlagen	158
1. EU- und EWR-Staatsangehörige	160
2. Drittstaatsangehörige und Staatenlose	162
a) Grundsatz: Passpflicht und Erfordernis eines Aufenthaltstitels	163
aa) Passpflicht	163
bb) Aufenthaltstitelpflicht	165
(1) Arten von Aufenthaltstiteln	165
(2) Erteilungsvoraussetzungen	168
(3) Zugang zu Erwerbstätigkeit	169
b) Ausnahmen vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels	169
aa) Unionsrecht	169
bb) Assoziierungsabkommen EWG/Türkei	171
cc) Aufenthaltsverordnung und UkraineAufenthÜV	173
dd) Zwischenergebnis	174
c) Konsequenzen des Verstoßes gegen die Pass- oder Aufenthaltstitelpflicht	175

d) Beendigung des Aufenthalts	175
e) Duldung	176
f) Ordnungsverfügungen, Mitwirkungs- und Duldungspflichten	178
3. Asylsuchende und Asylbewerber	180
II. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	183
1. Asylgrundrecht	184
2. Verfassungsrechtlicher Anspruch auf Zugang und Aufenthalt?	190
III. Unionsrechtliche Überformung	192
1. Das europäische Asylrecht	193
2. Pönalisierungspflichten	197
a) Beihilfe zu unerlaubter Einreise und unerlaubtem Aufenthalt	197
aa) Das gegenwärtig gültige Facilitators Package	198
bb) Richtlinienentwurf der EU-Kommission	202
b) Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt	207
3. Die Rückführungsrichtlinie	208
a) Vorrang des Rückführungsverfahrens	209
aa) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	209
bb) Konsequenzen für die Strafbarkeit der unerlaubten Einreise und des unerlaubten Aufenthalts	211
b) Höchstfristen für Einreise- und Aufenthaltsverbote	217
IV. Völkerrechtliche Implikationen	220
1. Recht auf Einreise und Aufenthalt	221
2. Völkerrechtliches Pönalisierungsverbot	227
a) Voraussetzungen	227
aa) Flüchtlingseigenschaft	228
bb) Unmittelbarkeitskriterium	230
cc) Rechtzeitige Meldung und Begründung der unerlaubten Einreise	233
dd) Kein Ausschluss bei Inanspruchnahme von Schleusern	235
b) Strafrechtsdogmatische Einordnung	236
c) Reichweite	239
aa) Position der Rechtsprechung: Begleitdelikte werden nicht erfasst	240
bb) Widerlegung: Einzelfallbetrachtung	241
d) Zwischenergebnis	244
3. Transnationale Pönalisierungspflichten	244
V. Schlussfolgerungen für die weitere Untersuchung	248

D. Die Verwaltungsakzessorietät des Migrationsstrafrechts	253
I. Bedeutung und Reichweite der Verwaltungsakzessorietät im Migrationsstrafrecht	254
1. Belastende Verwaltungsakte	256
a) Die Position der Rechtsprechung	258
b) Positionen im Schrifttum	259
c) Stellungnahme	262
aa) Einzelfallbezogene Anordnungen	265
bb) Aufenthaltsbeendende Verwaltungsakte	266
cc) Zwischenergebnis und Konsequenzen	268
2. Begünstigende Verwaltungsakte	272
3. Vorliegen der materiellen Erteilungsvoraussetzungen bei formal fehlendem Verwaltungsakt	278
II. Vereinbarkeit mit dem Gesetzlichkeitsprinzip (Art. 103 Abs. 2 GG)	284
1. Gesetzesvorbehalt	284
2. Gesetzesbestimmtheit	286
III. Zwischenergebnis	290
E. Die Strafbestimmungen im Einzelnen	292
I. Anwendungsbereich	292
1. Sonderdeliktsscharakter	292
2. Spezialfall Ausländergeheimbündelei	293
3. „Ausländereigenschaft“ als besonderes persönliches Merkmal?	295
4. Strafanwendungsrecht	297
II. Einreise- und Aufenthaltsdelikte	298
1. Schlicht unerlaubte Einreise und unerlaubter Aufenthalt	298
a) Unerlaubte Einreise	299
aa) Verstoß gegen die Passpflicht	301
bb) Verstoß gegen die Aufenthaltstitelpflicht	303
cc) Einreise	305
(1) Begriff der Einreise	305
(2) Vollendung und Beendigung	307
dd) Weiteres	308
b) Unerlaubter Aufenthalt	309
aa) Verstoß gegen die Passpflicht	310
(1) Papierlose Personen	311
(2) Fehlender Ausweisersatz oder Verweigerung zumutbarer Passbeschaffung	312

bb) Fehlender Aufenthaltstitel	318
(1) Vollziehbar ausreisepflichtig	319
(2) Keine Ausreisefrist oder Ablauf einer gewährten Ausreisefrist	322
(3) Keine Duldung	323
(4) Aufenthalt im Bundesgebiet	326
c) Gleichstellungsklausel des § 95 Abs. 6 AufenthG	329
aa) Voraussetzungen des § 95 Abs. 6 AufenthG	330
bb) Anwendbarkeit auf Fälle des unerlaubten Aufenthalts ohne vorausgegangene unerlaubte Einreise?	333
d) Sondervorschrift des § 95 Abs. 1a AufenthG für Inhaber von Schengen-Visa	335
2. Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote	337
a) Verstoß gegen ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 AufenthG	337
aa) Vorangegangene Ausreise?	338
bb) Rechtmäßigkeit der aufenthaltsbeendenden Maßnahme?	340
b) Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 11 Abs. 6 Satz 1 oder Abs. 7 Satz 1 AufenthG	343
c) Verstoß gegen ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 9 Abs. 2 FreizügG/EU	344
3. Anforderungen an den subjektiven Tatbestand und Irrtumskonstellationen	346
4. Rechtfertigung von Einreise- und Aufenthaltsdelikten	353
5. Teilnahme an Einreise- und Aufenthaltsdelikten	354
a) Abgrenzungskriterien	356
aa) Die herrschende Meinung	357
bb) Eigene Position	359
b) Fallgruppen	367
aa) Unterstützungshandlungen bei der Einreise	367
(1) Flüchtlinge	367
(2) Andere Personen	368
bb) Die Unterstützung Papierloser	369
(1) Gewährung von Unterkunft und Verpflegung	369
(a) Altruistisch motivierte Hilfeleistung	369
(b) Andere Fälle	372
(c) Sonderfall: Die Strafbarkeit der Gewährung von Kirchenasyl	372
(2) Medizinische Akutversorgung	381
(3) Beschäftigung	381

c) Zwischenergebnis	384
III. Verstöße gegen verwaltungsrechtliche Pflichten und Ordnungsverfügungen	384
1. Die Strafvorschriften im Einzelnen	384
a) Die Strafvorschriften des Aufenthaltsgesetzes	385
aa) § 95 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG	385
(1) Ausreiseuntersagung	385
(2) Untersagung politischer Betätigung	387
bb) § 95 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG	387
cc) § 95 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG	393
dd) § 95 Abs. 1 Nr. 6a AufenthG	397
ee) § 95 Abs. 1 Nr. 6b AufenthG	398
ff) § 95 Abs. 1 Nr. 6c AufenthG	400
gg) § 95 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG	402
hh) § 95 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	409
b) Die Strafvorschriften des Asylgesetzes	410
aa) § 85 Abs. 1 Nr. 1 AsylG	411
bb) § 85 Abs. 1 Nr. 2 AsylG	412
cc) § 85 Abs. 1 Nr. 3 AsylG	418
dd) § 85 Abs. 1 Nr. 4 AsylG	420
ee) § 85 Abs. 1 Nr. 5 AsylG	421
ff) § 85 Abs. 1 Nr. 6 AsylG	424
2. Subjektiver Tatbestand und Weiteres	425
IV. Falschangaben im Verwaltungsverfahren	426
1. Das Aufenthaltsgesetz	426
a) Unrichtige oder unvollständige Angaben machen oder benutzen	427
b) Gebrauchen zur Täuschung im Rechtsverkehr	432
c) Besondere Fallkonstellationen	433
aa) Scheinehe	433
bb) Missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft	437
2. Das Asylgesetz	440
a) § 85 Abs. 2 Nr. 1 AsylG	441
b) § 85 Abs. 2 Nr. 2 AsylG	445
c) Zwischenergebnis	446
3. Das Freizügigkeitsgesetz/EU	446
4. Das Staatsangehörigkeitsgesetz	447
V. Schleusungsdelikte	448
1. Das Einschleusen von Ausländern (§§ 96, 97 AufenthG)	448
a) Überblick	448

b) Detailbetrachtung	451
aa) Der Grundtatbestand: § 96 Abs. 1 AufenthG	451
(1) § 96 Abs. 1 Satz 1 AufenthG	451
(a) Vorsätzliche und rechtswidrige Haupttat	451
(b) Anstiften oder Hilfe leisten	456
(c) Schleusermerkmal	462
(i) Vermögensvorteil	463
(ii) Vorteil	467
(iii) Wiederholt oder zugunsten mehrerer Ausländer	468
(d) Subjektiver Tatbestand	472
(2) § 96 Abs. 1 Satz 2 AufenthG	472
(3) Beteiligung	474
(a) Ausgangspunkt: Ausgreifender Täterbegriff	474
(b) Zurechnung von Schleusermerkmalen	477
(c) Teilnahme, insbesondere durch Geschleuste	479
(d) Zwischenergebnis	485
bb) Qualifikationstatbestände des § 96 Abs. 2 AufenthG	485
(1) Gewerbsmäßiges Handeln	486
(2) Bandentaten	486
(3) Beisichführen von Schusswaffen	487
(4) Beisichführen in Verwendungsabsicht von anderen Waffen	488
(5) Lebensgefährliche, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung	489
(6) Straßenverkehrsgefährdende Polizeiflucht	492
(7) Minderjährigenschleusung	496
cc) Versuchsstrafbarkeit nach § 96 Abs. 3 AufenthG	497
dd) Die EU-Schleusung (§ 96 Abs. 4 AufenthG)	499
ee) Qualifikationstatbestände des § 97 AufenthG	503
(1) Einschleusen mit Todesfolge	503
(2) Gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	506
c) Zusammenfassung	506
2. Die Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung (§§ 84 und 84a AsylG)	507
VI. Konkurrenzen	512
VII. Zusammenfassung	515

F. Ausblick	518
I. Friktionen mit dem Verfassungs-, Unions- und Völkerrecht	519
II. Das deutsche Migrationsstrafrecht und der „Crimmigration“-Diskurs	524
III. Regelungsvorschlag und Erläuterungen	530
1. Regelungsvorschlag – Synopse	532
2. Erläuterungen zum Regelungsvorschlag	539
a) Zu § 95 AufenthG n.F.	539
b) Zu § 96 AufenthG n.F.	541
c) Zu § 97 AufenthG n.F.	543
d) Zu §§ 84, 84a AsylG n.F.	544
e) Zu § 85 AsylG n.F.	544
f) Zu § 9 FreizügG/EU n.F.	544
g) Zu § 42 StAG n.F.	545
IV. Schlussbemerkungen	546
Ergebnisse in Thesen	549
Bibliographie	555

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AAV	Verordnung über Aufenthaltsgenehmigungen zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit vom 18. Dezember 1990 (Arbeitsaufenthalteverordnung)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AfD	Alternative für Deutschland (Partei)
APVO	Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938
ARB 1/80	Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates vom 19. September 1980 über die Entwicklung der Assoziation
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylG	Asylgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AsylVO	Verordnung über die Anerkennung und die Verteilung von ausländischen Flüchtlingen vom 6. Januar 1953
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AusLG	Ausländergesetz vom 28. April 1965
AuslieferungsG 1929	Deutsches Auslieferungsgesetz vom 23. Dezember 1929
AVV AufenthG	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten
BMI	Bundesministerium des Inneren
BPolG	Gesetz über die Bundespolizei
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Partei)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern (Partei)
Ebd.	Ebenda
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaften
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUGrCh	Europäische Grundrechtecharta
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei (Partei)
FreizügG/EU	Freizügigkeitsgesetz/EU
g.F.	Geltende Fassung
GB	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
GewO	Gewerbeordnung
GFK	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention)
GG	Grundgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.	in der Fassung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
LG	Landgericht
lit.	litera = Buchstabe
MuSchG	Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung

OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PaßG	Paßgesetz vom 4. März 1952
PassG	Passgesetz
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PrAPVO	Preußische Ausländerpolizeiverordnung vom 27. April 1932
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RStPO	Reichsstrafprozessordnung
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913
SchwarzArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung
SGK	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Partei)
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StAG 1870	Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit des Norddeutschen Bundes vom 1. Juni 1870
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
WaffG	Waffengesetz
WPflG	Wehrpflichtgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung

